



öffentlich

Betreff:

Wohnungen der Bundesliegenschaftsverwaltung

Erstellungsdatum 14.05.2002

Eingang 02:

Einreicher: CDU-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.06.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu überprüfen, wie die geplanten Verkäufe der Liegenschaften Kantstraße 11, 14 und 15 durch Klärung der Eigentumsverhältnissen der Häuser und Grundstücke gefördert werden können. Der Stadtverordnetenversammlung ist hierzu in der September-Sitzung 2002 zu berichten.

gez. Eberhard Kapuste
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die in Potsdam-West befindlichen Objekte Kantstraße 11, 14 und 15 befinden sich in der Verwaltung des Bundesliegenschaftsamtes. Verkaufsverhandlungen an private Interessenten scheitern seit Jahren an den ungeklärten Besitzverhältnissen von Grund und Boden. Da eine Sanierung der Häuser dringend erforderlich ist, die aber vom derzeitigen Verwalter wegen der Verkaufsverhandlungen abgelehnt wird, besteht hier Handlungsbedarf.